
Warum Neo-Konservative in den USA am Ende sind

Rezension von: Paul Krugman, Nach
Bush: Das Ende der Neokonservativen
und die Stunde der Demokraten,
Campus, Frankfurt/Main 2008,
319 Seiten, € 25,60.

Unglaublich. Es gibt ein Buch aus den USA, das sich auf die Zeit nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl bezieht – und der Name Barack Obama kommt nur zweimal (auf den Seiten 254 und 265) vor. Was von Vorteil ist, weil Analysen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen US-Entwicklung jenseits von Personenkult und Messias-Hysterien einfach gut tun. Nichtsdestoweniger bleibt es ein Risiko, Bücher zu schreiben, welche Vorhersagen beinhalten. Schließlich soll sogar Winston Churchill Prognosen als unsichere Sache bezeichnet haben, insbesondere wenn diese sich auf die Zukunft beziehen.

Paul Krugman hat das trotzdem gewagt. Als bekennender (Sozial-)Liberaler macht der Wirtschaftsprofessor aus Princeton daraus zugleich eine gnadenlose Abrechnung mit der republikanischen Politik im Allgemeinen und George Bush als ihrem untalentierten Vollstrecker im Besonderen. Immerhin hatten sich bei Krugman Nobelpreishoffnungen aufgrund seines politischen Engagements mehrfach in Luft aufgelöst. Er ist also objektiv und subjektiv zugleich. Stets auf umfangreicher Daten- und Quellenbasis argumentierend, und doch aus einer klaren Position heraus. Wissenschaftlich und demokratiepolitisch ist das gleichermaßen mehr als in Ordnung, weil transparent.

In 13 Kapiteln wird ein Bogen gesellschaftlicher Ungleichheiten von der vorletzten Jahrhundertwende bis in die Gegenwart gespannt. Dabei geht es oft um Wirtschaft und Soziales, doch im Grunde viel häufiger um (gesellschafts-)politische Ursachen und Wirkungen. Positiv dargestellt wird die Mittelschicht-Gesellschaft der Nachkriegszeit ab 1945, in welcher die Superreichen größte Verlierer waren und Arbeitnehmer am meisten profitierten. Krugman spricht bis Mitte der Siebzigerjahre vom „goldenen Zeitalter der manuellen Arbeit“ (S. 57). Das Realinkommen von Durchschnittsfamilien verdoppelte sich jedenfalls.

Für amerikanische Verhältnisse wurde auch der Wohlfahrtsstaat ausgebaut – so sehr, dass 1966 Ronald Reagan republikanischer Gouverneur von Kalifornien wurde, weil er das Vehikel weißer Wähler war, welche sich über vermeintliche Sozialschmarotzer und angeblich dadurch erhöhte Steuern ärgerten. Im Hintergrund standen durchaus rassistische Motivlagen, weil Vertreter von Minderheiten häufiger staatliche Hilfe benötigten. Gleichzeitig gab es angesichts des Kalten Krieges starke antikommunistische Bewegungen, obwohl in den USA Kommunisten keine Rolle spielten. Damit war die Basis für eine konservative Bewegung der Republikaner geschaffen, welche ihnen als Früchte der aus demokratischer Sicht nicht nur für Krugman zweifelhaften Strategie unter George Bush junior das Präsidentenamt und eine bis 2006 kongruente Kongressmehrheit bescherte.

Die Neo-Konservativen machten aus der Republikanischen Partei eine straff organisierte Klientelgruppe, in welcher Abweichler unerwünscht waren. In einem Verbundsystem von Organisationen, von wissenschaftlichen

Denkfabriken bis zu Firmen mit Staatsaufträgen, wurde knallhart umgesetzt, was machtpolitisch und finanziell der eigenen Seite nutzte. Karl Rove, Kommunikationsstrategie von Bush, wurde etwa bereits 1972 nationaler Vorsitzender der republikanischen Studentenvereinigung. Längerfristig gab es konservative Mehrheiten in allen Parteigremien der Republikaner und unter den Kongressabgeordneten. Gelernte Österreicher als Leser müssen an dieser Stelle freilich bitter lächeln, denn hierzulande gibt es per Gesetz Parteiakademien und noch weniger unabhängige Kandidaten, welche nicht in der internen Interessenlogik – von den SPÖ-Gewerkschaftern bis zum ÖVP-Wirtschaftsbund – gestählt wurden.

Für Krugman war die innerparteiliche Machtübernahme der „Neocons“ Startschuss einer Politik der Ungleichheit hin zur großen Kluft zwischen einer begünstigten Oberschicht und einer steigenden Zahl von Menschen in den untersten Einkommensklassen. Noch dazu kam es zum Niedergang des Mittelstandes. Steuersenkungen für Vermögenserträge, De-Regulierung des Strommarktes und anderer Wirtschaftssektoren zwecks Profitmaximierung – Stichwort Enron –, Privatisierung der Sozialversicherung halfen nur denjenigen, die gut verdienten. Krugman weist zudem nach, dass der private Sektor keineswegs effizienter als der öffentliche ist – trotz im Vergleich zu Deutschland, Frankreich oder Kanada doppelter Ausgaben für Gesundheitsversorgung pro Person ist die Lebenserwartung in den USA klar geringer (S. 239).

Für den Politikwissenschaftler stellt sich natürlich die Frage, warum eine Partei mit Politik gegen die Mehrheit der Arbeitnehmer und deren soziale Notwendigkeiten Wahlen gewinnen

kann. Politische Fehler (der Demokraten und Bill Clintons Sozialpolitik vor dem Debakel in den Kongresswahlen 1994) und/oder schlechte Kandidaten (John Kerry 2004) sind bestenfalls punktuelle Erklärungen ohne allgemeingültige Aussagekraft. Krugman gibt kleinere und größere Antworten dazu. Zur erstgenannten Gruppe zählen Massenerstreuungswaffen bis hin zum Irak-Krieg, der freilich alles andere als eine Kleinigkeit ist. In der zweiten Gruppe geht es bei ihm um eine massive Beeinflussung des Wahlmarktes und der Wahlen, von raffinierten Taktiken bis hin zum klaren Betrug. In umkämpften Staaten wurde das Registrierungsverfahren so gestaltet, dass im doppelten Sinn demokratischen Minderheiten der Wahlzugang erschwert wurde. Mangels Meldepflicht gibt es ja keine automatischen Listen der Wahlberechtigten. Hinzu kommen stete Zweifel an der Gültigkeit der Stimmenausszählung.

Die herausragende Leistung des Buches liegt nichtsdestoweniger auf keinen Fall in der Aufarbeitung seit 2000 altbekannter Vorwürfe des Wahlschwindels, sondern in seiner Verknüpfung von Geschichte, Ökonomie und Politikwissenschaft, jeweils als perfekte Kombination von Analyse und Argumentation. Der Haken ist, dass Krugman ganz ohne Obama-Mania nur richtig vorhersehen konnte, dass Bush-ähnliche Republikaner nicht wiedergewählt würden und langfristig Mehrheiten für Demokraten bzw. deren Politik wahrscheinlich sind. Barack Obama hat Stammwähler mobilisiert und Wechselwähler gewonnen, jedoch in Wahrheit aufgrund der Erschließung neuer Wählergruppen – eingebürgerte Zuwanderer und/oder bisherige Nichtwähler – triumphiert.

Gelingt es beispielsweise den Demo-

kraten, unter Hispanics Mehrheiten zu schaffen und jüngere Bevölkerungsgruppen für eine höhere Wahlbeteiligung zu motivieren, so werden sie mindestens bis inklusive 2016 kaum jemals verlieren. Was Krugman nicht wissen konnte, war das schnelle Platzen der Seifenblasen der virtuellen Fi-

nanzmärkte und das enorme Ausmaß der Wirtschaftskrise. Die Republikaner wurden abgewählt, doch falls die Demokraten bei der Beseitigung der Folgen deren Politik scheitern, wird es ihnen genauso ergehen.

Peter Filzmaier